

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Maastricht-Kriterien

Entscheidung über Schuldenregeln auf Mai verschoben

Seite 3

IM FOKUS

REPowerEU

EU treibt Unabhängigkeit von russischen Energieimporten voran

Seite 4

Ukraine

Kommission garantiert Kriegsflüchtlingen Schutz

Seite 5



RUSSISCHER EINMARSCH IN DER UKRAINE

Von der Leyen: „Wir bereiten weitere Schritte vor“

Wegen des andauernden Krieges in der Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen weitere mögliche Sanktionen angekündigt. „Um es deutlich zu sagen, wir sind bereit, weitere drastische Maßnahmen zu ergreifen, wenn Wladimir Putin diesen Krieg, den er ausgelöst hat, nicht stoppt und umkehrt. Wir sind entschlossen, wir sind einig“, sagte von der Leyen. „Wir bereiten weitere Schritte vor“, stellte sie vor einem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Versailles klar.

> Dort wollten die Mitgliedstaaten über weitere Schritte beraten. „Wir arbeiten gemeinsam an der humanitären Lage, diplomatischen Initiativen, Sanktionen und der Energiesicherheit“, erklärte die Präsidentin nach einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz. Von der Leyen kündigte zugleich an, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Sanktionen auf die EU zu überprüfen. „Der Schutz unserer Freiheit hat seinen Preis. Aber es ist ein Kampf, den wir führen müssen. Und wir sind bereit, die Kosten zu tragen. Denn Freiheit hat kein Preisschild.“

Nach Russlands Einmarsch in der Ukraine hatte die EU umgehend Sanktionen von bisher ungekannter Schärfe verhängt. Die von der EU besiegelten

Maßnahmen werden von mehr als vierzig Ländern unterstützt, darunter die USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Australien und die Schweiz.

Die Sanktionen umfassen unter anderem:

> **Finanzsystem:** Sieben wichtige russische Banken werden vom internationalen Zahlungssystem Swift ausgeschlossen. „Dieser Schritt wird die betroffenen Banken weitgehend vom internationalen Finanzsystem abkoppeln“, erklärte von der Leyen. Auslandsvermögen der russischen Nationalbank werden eingefroren. Auch Auslandskonten hochrangiger Vertreter des russischen Staates sind gesperrt, darunter Igor Setschin, Chef des staatlichen Ölkonzerns Rosneft und Nikolaj Tokarew, Chef des Pipelineunternehmens Transneft. >>

WELTFRAUENTAG

EU geht gegen Gewalt gegenüber Frauen vor

Die EU-Kommission schlägt vor, eine Reihe von Gewalttaten gegen Frauen in allen Mitgliedstaaten verbindlich unter Strafe zu stellen. Dazu zählen unter anderem: Vergewaltigung auf der Grundlage fehlender Einwilligung, Genitalverstümmelung, Cyber-Stalking, Mobbing im Internet, Aufstachelung zu Hass und Gewalt im Netz sowie die Weitergabe intimer Bilder.

„Zu viele Frauen und Mädchen erleiden Vergewaltigung, Belästigung oder Missbrauch. Dies hat im modernen Europa keinen Platz“, sagte Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission bei der Vorlage der Initiative am Weltfrauentag.

■ Gesetzesinitiative zur Gewaltbekämpfung

„Unsere heutige Reaktion auf das Vorgehen Russlands wird die Zukunft der Weltordnung bestimmen.“

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> > **Exportbeschränkungen:** Die EU stoppt die Ausfuhr von Hightech-Produkten nach Russland. „Wir werden den russischen Zugang zu wichtigen Technologien treffen, die es braucht, um eine prosperierende Zukunft aufzubauen“, sagte die Präsidentin. Darüber hinaus ruht auch der Export von Fördertechnik für Gas und Öl nach Russland, besonders von Material für Öl-Raffinerien zur Herstellung von Brennstoffen für die EU.
- > **Verkehr:** Die Ausfuhr von Ersatzteilen für Flugzeuge nach Russland ist gestoppt. Europäische Fluglinien, darunter die Lufthansa, setzten ihre Verbindungen nach Russland vorerst aus. Für russische Flugzeuge ist der Luftraum über der EU geschlossen, auch andere Länder wie die USA folgten dem Beispiel. Ausgenommen sind humanitäre Hilfsflüge.
- > **Desinformation:** Die Sendelizenzen für russische Staatsmedien wie Russia Today und Sputnik in der EU wurden entzogen. Kommission und Mitgliedstaaten rügten zugleich die Einschränkungen der Medienfreiheit in Russland. Mehrere Sender, darunter ARD und ZDF, mussten ihre direkte Berichterstattung aus dem Land aussetzen, nachdem die russische Regierung für den Fall unliebsamer Berichterstattung Haftstrafen von bis zu 15 Jahren angedroht hatte.
- > **Belarus:** Wegen der Unterstützung der Invasion verschärfte die EU auch ihre Sanktionen gegen Belarus. Führende Banken des Landes wurden von Swift ausgeschlossen, Zahlungen über Kryptowährungen unterbunden. Die Einfuhr von Waren wie Holz, Zement und Pottasche wird komplett gestoppt.

„Die Sanktionen beißen ganz hart. Das merkt man. Die russische Wirtschaft wankt“, sagte von der

Leyen. „Der nächste Schritt ist, dass wir Schlupflöcher schließen werden, um maximale Wirkung zu erzielen, Umgehungsmöglichkeiten zu beenden“, kündigte die Präsidentin an.

Erstmals Gelder für Waffen

Erstmals gab die Europäische Union auch Mittel für den direkten Kauf von Waffen frei. Aus dem Friedensfonds der EU erhält die Ukraine 450 Mio. Euro für Waffenlieferungen, 50 Mio. Euro stehen für weiteres Material wie Benzin oder medizinische Produkte bereit. Weitere 500 Mio. Euro sagte die EU der Ukraine für humanitäre Hilfe zu. „Unsere Union steht an einem Wendepunkt“, sagte von der Leyen und fügte hinzu: „Wir können unsere Sicherheit und den Schutz der Menschen nicht als selbstverständlich betrachten. Wir müssen etwas dafür tun. Wir müssen unseren gerechten Teil der Verantwortung übernehmen.“

In einer Videobotschaft an das Europäische Parlament hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj um weitere Unterstützung gebeten. „Wir kämpfen für unsere Rechte, für unsere Freiheit, für unser Leben. Und nun kämpfen wir ums Überleben“, sagte Selenskyj. „Aber wir kämpfen auch, um gleichwertige Mitglieder Europas zu sein.“

Die Ukraine hatte zuvor ein offizielles Gesuch für die Aufnahme in die EU übermittelt. „Niemand kann daran zweifeln, dass ein Volk, das so mutig für unsere europäischen Werte steht, zu unserer europäischen Familie gehört“, erklärte von der Leyen. Mit der Ukraine habe es bereits eine enge Zusammenarbeit und eine sehr positive Entwicklung gegeben. Dieser Prozess werde jetzt mit Hochdruck weiter vorangetrieben. Für eine EU-Mitgliedschaft müssten jedoch auch die notwendigen Bedingungen erfüllt werden, so die Präsidentin. (pr) >|

■ *Sanktionspaket*

Desinformation – nein, danke!

Die Mitgliedstaaten haben die Ausstrahlung der russischen Kanäle Russia Today und Sputnik in der EU untersagt: „Wir sind massiver Propaganda und Desinformation über diesen verabscheuungswürdigen Angriff auf ein freies und unabhängiges Land ausgesetzt“, so Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

In Deutschland hatte die Medienaufsicht die Ausstrahlung bereits im Februar wegen einer fehlenden Sendelizenz gestoppt. Polen, Litauen, Estland, Lettland und Bulgarien hatten die Kanäle schon zuvor vom Netz genommen. Auch Social-Media-Plattformen wie Twitter, Youtube und TikTok blockierten den Inhalt.

Russia Today und Sputnik wurden vom russischen Staat 2021 mit rund 1,3 Mrd. Euro finanziert. RT-Chefredakteurin Margarita Simonjan räumte ein, man führe einen „Informationskrieg gegen die ganze Welt“. Simonjan und der hochrangige RT-Vertreter Dmitri Kiseljow sind ebenfalls mit EU-Sanktionen belegt.

Die EU steht weiter zum Grundrecht des freien Zugangs zur Information. Sie sieht in den beiden Anstalten aber keine Medienunternehmen, sondern eine „vom Kreml orchestrierte systematische Informationsmanipulation“, wie Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärte.

MAASTRICHT-KRITERIEN

Kommission bewertet Aussetzen der Haushaltsregeln im Mai neu

Wegen der russischen Invasion in der Ukraine wird die EU-Kommission erst im Mai über eine Rückkehr zu den Schuldenregeln im kommenden Jahr entscheiden. „Angesichts der derzeitigen Unsicherheit werden wir die Deaktivierung der Ausnahmeklausel im Jahr 2023 auf der Basis der Frühjahrsprognose neu bewerten, die ich im Mai vorstelle“, sagte Währungskommissar Paolo Gentiloni (im Bild rechts). Die EU hatte die im Maastricht-Vertrag vereinbarten Defizitregeln für öffentliche Haushalte im Zuge der Corona-Krise vorübergehend ausgesetzt, um den Mitgliedstaaten haushaltspolitischen Spielraum bei der Überwindung der Pandemie einzuräumen. Es sei „schwierig, wenn nicht unmöglich“, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bewerten, sagte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubt den Mitgliedstaaten eine Gesamtverschuldung von höchstens 60 Prozent der Wirtschaftsleistung und eine jährliche Neuverschuldung von maximal 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wegen der Pandemie waren die Gesamtschulden der Euro-Länder aber zuletzt im Schnitt auf fast 100 Prozent angewachsen. Kommission und Mitgliedstaaten wollten daher über eine Anpassung der Vorgaben beraten.

■ *Stabilitäts- und Wachstumspakt*

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Viertes Bürgerforum reicht Vorschläge ein

Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas hat auch das vierte Basisforum „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze / Bildung, Kultur, Jugend und Sport / Digitale Transformation“ seine Reformideen für die EU ausgearbeitet. Unter den 48 Empfehlungen sind ein Vorstoß für eine EU-Regelung zum Mindestlohn, eine Initiative für die Harmonisierung der Bildungssysteme in Europa und ein Vorschlag zu stärkerer staatlicher Kontrolle der Infrastruktur.

Die Konferenz zur Zukunft Europas war 2019 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiiert worden. Per Zufallslos ausgewählte Diskutanten erarbeiteten in vier Foren Initiativen für Europas Zukunft. Aus den Vorschlägen wird ein Reformpaket für die EU erarbeitet, über das die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten beraten.

■ *Viertes Europäisches Bürgerforum*

PLASTIKMÜLL

Timmermans begrüßt UN-Initiative

Die EU-Kommission unterstützt die Einleitung finaler Verhandlungen eines globalen Plastikabkommens im Rahmen der Vereinten Nationen. „Es macht Mut, wenn die internationale Gemeinschaft in diesen Krisenzeiten zusammenhält“, erklärte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal. Die Vereinten Nationen streben bis 2024 ein Abkommen über die Verringerung von Plastikmüll an. Dabei wird der vollständige Lebenszyklus von Kunststoffen erfasst. Dazu zählen unter anderem Herstellung, Verwendung und Wiederverwendung.

Die EU hatte bereits vor vier Jahren ein Verbot von Einweg-Plastikprodukten besiegelt. Zudem mahnte die Kommission strengere Vorgaben für den Export von Plastikmüll an. Im Zuge des europäischen Grünen Deals startete die Kommission zudem 2020 eine neue Initiative zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft.

■ *Plastikstrategie*

KONDITIONALITÄTSMECHANISMUS

Kommission legt Vorgehen bei Rechtsstaatsverstößen fest

Die EU-Kommission hat Leitlinien für die Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus vorgelegt. Sie sollen den EU-Haushalt vor Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit schützen. „Wir können keine Zugeständnisse machen, wenn es um den Schutz der finanziellen Interessen der Union und ihrer Grundwerte geht“, sagte Haushaltskommissar Johannes Hahn. „Wenn die Bedingungen der Verordnung erfüllt sind, werden wir mit Entschlossenheit handeln“, kündigte er an. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament hatten 2020 eine Regelung verabschiedet, die eine Kürzung von EU-Fördergeldern bei Rechtsstaatsverstößen vorsieht. Der Europäische Gerichtshof hatte das Vorgehen im Februar gebilligt und damit eine Klage aus Ungarn und Polen zurückgewiesen. Die jetzt vorgestellten Leitlinien legen fest, wie die EU-Regelung umgesetzt wird.

So ist detailliert beschrieben, wie die Rechtsstaatsverstöße festgestellt werden und unter welchen Bedingungen gegeben ist, dass die Vergehen die finanziellen Interessen der EU beeinträchtigen. „In einer Zeit, da wir den größten EU-Haushalt der Geschichte verwalten, haben wir mit der Konditionalitätsverordnung ein weiteres Instrument an der Hand, um den EU-Haushalt zu schützen“, sagte Hahn.

■ *Schutz des EU-Haushalts*

REPOWEREU

EU treibt Unabhängigkeit von russischen Energieimporten voran

Nach der russischen Invasion in der Ukraine setzt die Kommission darauf, die Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus Russland zu verringern und die eigene Nutzung von Wind, Wasser und Solarkraft auszubauen. Ziel der Initiative REPowerEU ist, bis Ende des Jahrzehnts komplett auf russische Gaslieferungen zu verzichten.



© Shutterstock

Russland sorgt derzeit für rund 45 Prozent der europäischen Gasversorgung, diese Importe will die EU noch in diesem Jahr um zwei Drittel zurückfahren.

> „Wir müssen im Eiltempo auf erneuerbare Energien umstellen. Erneuerbare sind billig, sauber und sie sind für uns verfügbar“, sagte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission. Bereits bis Ende dieses Jahres wird der Import von russischem Erdgas von derzeit jährlich rund 155 Mrd. Kubikmetern um zwei Drittel zurückgefahren. „Das ist hart, verdammt hart, aber möglich“, sagte Timmermans. Gemeinsam mit Energiekommissarin Kadri Simson stellte er in Straßburg das Paket zur resilienten Energiepolitik vor. „Der Krieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein Wendepunkt für die Sicherheitsarchitektur in Europa, sondern auch für unser Energiesystem“, sagte Simson und bilanzierte: „Wir gehen derzeit davon aus, dass die EU diesen Winter sicher überstehen kann. Aber wir müssen unsere Gasspeicher wieder auffüllen.“

Unter anderem sieht das Paket der Kommission vor:

> **Strategische Reserven:** Derzeit sind die Gasspeicher in den Mitgliedstaaten durchschnittlich zu rund einem Drittel gefüllt. Nach Prognosen der Kommission fällt der Stand bis April auf 18 Prozent der Füllmenge – ein historisches Tief. Um strategische Erdgasreserven aufzubauen, wird künftig in den Sommermonaten stärker gesteuert. Dazu legt die Kommission bis April einen Gesetzentwurf vor. Demnach müssen die Gaskavernen bis 1. Oktober jeweils einen Füllstand von 90 Prozent erreichen. In Deutschland hat die Bundesregierung eine entsprechende Regelung auf den Weg gebracht.

> **Stärkere Diversifizierung:** Russland sorgt derzeit für gut 40 Prozent der europäischen Gasversorgung. In Deutschland liegt der Anteil sogar bei 55 Prozent. Mit der Initiative REPowerEU soll der Anteil bis 2030 auf Null sinken. Dazu wird der Einsatz alternativer Brennstoffe wie Wasserstoff und Biomethan ausgebaut, so steigt die Produktion von Biogas bis 2030 auf 35 Mrd. Kubikmeter pro Jahr. Zudem wird der Gasimport von Lieferanten jenseits Russlands forciert und die Einfuhr von verflüssigtem Erdgas LNG erhöht. Eine Plattform der Kommission koordiniert die LNG-Lieferungen an die Mitgliedstaaten. Ferner wird der Bau neuer LNG-Terminals vorangetrieben. In Deutschland sind dafür Brunsbüttel und Wilhelmshaven im Gespräch.

> **Energieeffizienz und Erneuerbare:** Um Investoren für neue Projekte anzulocken, mahnt die Kommission beschleunigte Genehmigungsprozesse für Ökostromprojekte an. Darüber hinaus schlägt sie eine Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden vor. Allein durch die Umsetzung des Programms „Fit für 55“, das eine Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent vorsieht, würde der jährliche Verbrauch fossiler Brennstoffe in der EU um 82 Mrd. Kubikmeter verringert. Die Initiative REPowerEU spart weitere 155 Mrd. Kubikmeter fossiler Brennstoffe ein – das entspricht der Menge der Energieeinfuhren aus Russland im vergangenen Jahr.

„Nie zuvor gab es stärkere Argumente für eine schnelle, saubere Energiewende im Rahmen des europäischen Grünen Deals“, sagte Timmermans.

Entlastung der Verbraucher

Mit Blick auf steigende Energiepreise legte die Kommission zugleich Leitlinien vor, um die Kunden zu entlasten. So sind Preisregulierungen in Ausnahmefällen möglich. Zudem wird geklärt, wie besonders hohe Gewinne der Energiebranche und Einnahmen aus dem Emissionshandel an Kunden weitergereicht werden können. „Die russische Invasion der Ukraine hat den jüngsten Anstieg der Energiepreise verschärft, und wir sind zum Schutz der europäischen Haushalte und Unternehmen zu außergewöhnlichen Maßnahmen bereit“, sagte Simson. (pr) >|

■ **Energiesouveränität**

Energiesolidarität

Bereits nach der Annexion der Krim 2014 hatte die EU unter dem damaligen Energiekommissar Günther Oettinger Vorkehrungen getroffen, um Erdgas aus der EU in die Ukraine zu liefern. Experten sprechen von Reverse Flow – Schubumkehr. „Die ersten derartigen Lieferungen aus Ungarn haben in diesem Winter stattgefunden“, erklärte Energiekommissarin Kadri Simson.

Die Mitgliedstaaten besiegelten zudem, die Ukraine beschleunigt an das Stromnetz der EU anzuschließen. „Das ist eine strategische Initiative, um die Energieunabhängigkeit der Ukraine voranzutreiben“, bekräftigte Simson.

UKRAINE

Kommission garantiert **Kriegsflüchtlingen** Schutz in der EU

Die EU-Kommission hat Geflüchteten aus der Ukraine ein schnelles und unkompliziertes Bleiberecht in der EU zugesichert. „Wir schlagen vor, den Mechanismus des vorübergehenden Schutzes zu aktivieren, um Menschen, die aus der Ukraine fliehen, einen sicheren Status zu verschaffen. Sie haben es verdient. Das müssen wir jetzt angehen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Europäischen Parlament.

> „Wir werden Menschen in Not Aufenthaltsrechte, Zugang zum Arbeitsmarkt und Wohnraum gewährleisten und schließlich mit den Richtlinien sicherstellen, dass die, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, schnell in die EU gelangen können, ohne langwierige Formalitäten an den Grenzen zu durchlaufen“, erläuterte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson das unbürokratische Verfahren. Für die humanitäre Hilfe stellt die EU zunächst 500 Mio. Euro bereit.

„Historischer Beschluss“

Bisher sind nach der russischen Invasion über zwei Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, um in der EU Schutz zu finden. „Wir sollten uns auf Millionen vorbereiten“, sagte Johansson vor einem Treffen mit den Innenministerinnen und Innenministern der Mitgliedstaaten. Um den Flüchtlingen ein aufwändiges Asylverfahren zu ersparen, aktivierte die Kommission erstmals eine Regelung zum vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge. Das unbürokratische Vorgehen des vorübergehenden Bleiberechts war 2001 nach dem kriegsgerischen Zerfall Jugoslawiens vereinbart, bislang aber noch nicht angewandt worden. Von einem „historischen Beschluss“ sprach Johansson nach dem Votum der Mitgliedstaaten.

Die Regelung sieht unter anderem vor:

> **Temporärer Schutz:** Nach bisher geltenden Visa-Vereinbarungen konnten ukrainische Bürgerinnen und Bürger bei der Vorlage eines biometrischen Passes 90 Tage in der EU bleiben. Künftig gilt ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht von einem Jahr, das zweimal um je ein Jahr verlängert werden kann. Zudem können die Geflüchteten unmittelbar eine Arbeit aufnehmen und ihre Kinder eine Schule besuchen. Die Kriegsflüchtlinge dürfen sich frei bewegen und eine Wohnung suchen, etwa um sich in der EU in der Nähe von Verwandten niederzulassen.



© Yanosh Nemes / Shutterstock.com

- > **Entlastung der Asylsysteme:** Der erleichterte Schutz entlastet die Mitgliedstaaten vor zusätzlichen, teils langwierigen Asylverfahren. Unabhängig vom gewährten Schutz steht es den Flüchtlingen aber frei, um Asyl nachzufragen.
- > **Solidarität:** Auf Initiative der Kommission vereinbarten die Mitgliedstaaten einen freiwilligen Umverteilungsmechanismus. Die Kommission koordiniert dazu eine Solidaritätsplattform, über die Informationen über Aufnahmekapazitäten der Mitgliedstaaten ausgetauscht werden können.

Die Kommission stellte zudem eine neue Website online, die Informationen für Menschen bereitstellt, die aus der Ukraine fliehen. Geflüchtete können sich hier z.B. über ihre Rechte beim Grenzübertritt in ein EU-Land, der Gewährung von Schutz sowie über die Weiterreise informieren: <https://bit.ly/3CxCaUn>

Vereinfachte Einreisebestimmungen

Die Kommission legte zudem Leitlinien für eine vereinfachte Einreise in EU und Schengen-Raum vor. So können an der EU-Grenze zur Ukraine zusätzliche Übergänge eingerichtet werden. Passdokumente sind bei der Einreise nicht unbedingt erforderlich, zudem gelten vereinfachte Zoll-Bestimmungen. Auch nicht-ukrainischen Staatsangehörigen, die sich rechtmäßig in der Ukraine aufhalten und nicht in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückkehren können – wie Asylsuchende oder Personen, denen internationaler Schutz zuerkannt wurde, sowie ihren Familienangehörigen – wird in der EU Schutz gewährt. (pr) >

An der ukrainisch-slowakischen Grenze verabschieden sich Männer von ihren Familien, die vor der russischen Aggression fliehen.

EU sichert Hilfe zu

Bislang haben rund zwei Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in der EU Schutz gefunden. Die EU-Kommission sichert den Geflüchteten breite Unterstützung zu. 500 Mio. Euro an humanitärer Hilfe werden aus dem EU-Haushalt bereitgestellt. Davon gehen 85 Mio. Euro an die Ukraine und 5 Mio. Euro an Moldawien, das rund 80.000 Geflüchtete aufgenommen hat.

Die EU-Kommission schlägt zudem vor, weitere 420 Mio. Euro an nicht abgerufenen Mitteln aus den Jahren 2014 bis 2020 für die Hilfe einzusetzen.

Aus dem Krisenreaktionsmechanismus REACT-EU stehen rund 10 Mrd. Euro für zusätzliche Aufgaben bereit, rund 6 Mrd. Euro werden aus dem Hilfsfonds Care mobilisiert.

STELLENPORTAL EURES

Online die Chancen des europäischen Arbeitsmarktes nutzen

Europa ist im Saarland nie weit weg. Julie Natta weiß diese internationale Nähe zu schätzen. Zu Jahresbeginn hat die Übersetzerin ihr Studium an der Hochschule im rheinland-pfälzischen Germersheim abgeschlossen und sich dann Richtung Saarland orientiert.



© Europäische Union, 2017

Über das europäische Bewerberportal EURES kann man in den EU-Ländern sowie in Island, Norwegen, Liechtenstein und der Schweiz auf Jobsuche gehen.

> „Die Region an der Grenze zu Luxemburg und Frankreich bietet beruflich einfach mehr Möglichkeiten“, sagt Natta. Die 27-jährige Spezialistin für internationale Kommunikation hat erste Kontakte zu einem Autobauer in Luxemburg geknüpft. Ermöglicht hat dies das europäische Bewerberportal EURES – European Employment Services. „Damit kann man sich gleichzeitig in verschiedenen europäischen Ländern bewerben. Das ist sehr praktisch“, erläutert Natta.

Beratung auch für Grenzgänger

Das 1994 gegründete EURES-Kooperationsnetzwerk fördert die Mobilität von Beschäftigten. Das Portal vermittelt nicht nur Jobs in den Mitgliedstaaten der EU, sondern darüber hinaus auch in den Ländern Island, Norwegen, Liechtenstein und Schweiz. Koordiniert wird das Netz von der EU-Kommission. Zu den Partnern der Initiative gehören Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die öffentlichen Arbeitsverwaltungen wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Deutschland.

Mehr als 200 EURES-Beraterinnen und -Berater gibt es insgesamt hierzulande. So wie Achim Dürschmid, Teamleiter bei der Agentur für Arbeit Saarland in Saarbrücken. Dort werden über eine Stellenbörse nicht allein europaweit Jobs vermit-

telt, auch Grenzgängerinnen und Grenzgänger in der Region Saar-Lor-Lux – Saarland, Lothringen, Luxemburg – werden beraten. In den Gesprächen geht es nicht nur um berufliche Chancen, sondern auch um Fragen zu Tarifrecht, Sozial- und Rentenversicherung. „Anschreiben und Lebenslauf sind in Frankreich und Deutschland völlig unterschiedlich aufgebaut. „In Deutschland zählen vor allem persönliche Fähigkeiten wie Organisationstalent oder Sprachfertigkeiten, in Frankreich wird stärker auf den Ruf der Universität geachtet“, erzählt Natta. Experten wie Dürschmid haben die passenden Tipps, um den Lebenslauf auf Unternehmen im europäischen Ausland anzupassen.

Rund drei Millionen Jobangebote in ganz Europa sind bei EURES gelistet. Im Zentrum des Online-Portals steht vor allem die Vermittlung. Rund 4.000 Unternehmen haben offene Stellen gemeldet, gut 800.000 Bewerberinnen und Bewerber ihre Lebensläufe hochgeladen. Zudem lässt sich europaweit nach EURES-Beraterinnen und Beratern suchen, auch die bevorzugte Umgangssprache kann online angegeben werden. Anfängliche Sprachbarrieren sind also kein Problem.

Europa als Raum der Chancen begreifen

Laut Dürschmid begreifen viele Menschen Europa längst als einen großen Raum der Chancen. So wie Julie Natta. Ihr Vater kommt aus Frankreich, die Mutter aus Deutschland, Natta ist abwechselnd in beiden Ländern aufgewachsen. Und sie hat Erfahrungen mit den nationalen Bildungssystemen gesammelt. In Deutschland hatte Natta zunächst eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert, in Frankreich wird sie damit aber nicht eingestellt. Dort setzt die Ecole Maternelle auf an der Universität ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Für alle, die auf den europäischen Arbeitsmarkt setzen, hat Natta deshalb einen ganz praktischen Rat. „Man darf sich von administrativen Hürden nicht abschrecken lassen. Einfach immer das machen, was einen wirklich interessiert.“ Den Rest machen Beraterinnen und Berater wie Dürschmid und EURES. (pr)

>|

Europass

Europass ist ein kostenloses persönliches Tool für das Lernen und Arbeiten in Europa. Mit dem Tool können der persönliche Bildungsweg und die Berufslaufbahn lückenlos geplant werden. Europass hat verschiedene Angebote wie z.B. Europass Profil. Hier können Lebensläufe und Bewerbungsschreiben erstellt, Lebensläufe aktualisiert und in 29 Sprachen geteilt werden. Der Europass Mobilitätshinweis hilft dabei, die bei einem Auslandsaufenthalt erworbenen Fähigkeiten einfach, konsistent und in verständlicher Weise darzustellen. An der Europass Initiative nehmen mehr als 30 europäische Länder teil.

<https://europa.eu/europass/de>

Europa in Zahlen

2,25 Mrd. Euro

an Vorfinanzierungen sind von den vorgesehenen 25,6 Mrd. Euro bislang aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) des europäischen Aufbaufonds NextGenerationEU an Deutschland ausbezahlt worden. Das geht aus dem ersten Zwischenbericht zu dem neuen Finanzierungsinstrument hervor, den die EU-Kommission vorgestellt hat. Insgesamt legten bislang 26 Mitgliedstaaten ihre Aufbaupläne bei der Kommission zur Prüfung vor, wegen der langwierigen Regierungsbildung stehen die Vorhaben der Niederlande noch aus. 22 Aufbaupläne hat die Kommission gebilligt, darunter auch die Investitionsvorhaben aus Deutschland. „Die Länder haben ihre nationalen Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht“, lobte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission. Er ergänzte: „Diese beispiellose Reform- und Investitionsagenda trägt schon jetzt in der gesamten Europäischen Union Früchte.“

Der Aufbaufonds Next GenerationEU war auf Initiative der EU-Kommission verabschiedet worden. Insgesamt stehen rund 750 Mrd. Euro zur Verfügung, um die Folgen der Pandemie zu überwinden. Nach dem jetzt erstellten Zwischenbericht werden dabei im Schnitt 40 Prozent der Mittel für Maßnahmen zum Klimaschutz im Rahmen des europäischen Grünen Deals eingesetzt, Deutschlands Anteil liegt bei 42 Prozent. Das von der Kommission gesetzte Ziel von 37 Prozent Klimainvestitionen wird in allen eingereichten Aufbauplänen übertroffen.

■ *Zwischenbericht Aufbau- und Resilienzfazilität*

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 15.03.2022 18.00–20.00 Uhr	„Beispiele einer erfolgreichen EU-Förderung in unserer Region. Erstes Beispiel: Quartierszentren (z.B. Dorftreffs)“ Online Regionalakademie Osnabrück Veranstalter: Europa-Union, Kreisverband Osnabrück Stadt und Land e.V.	Online	https://online-regionalakademie-os.de/veranstaltungen/beispiele-einer-erfolgreichen-eu-foerderung-in-der-region-osnabrueck/
> 15.03.2022 20.30 Uhr	„Europa für mich? Ich für Europa?“ Workshop zur Bedeutung von Städtepartnerschaften Veranstalter: Institut Francais Stuttgart	Literaturhaus Stuttgart Breitscheidstraße 4 70174 Stuttgart	https://europa.eu/youth/events/europa-fur-mich-ich-fur-europa-leurope-pour-moi-moi-pour-leurope_de
> 22.03.2022 18.00–20.00 Uhr	„Ungarn - Ein wichtiger Mitgliedstaat der EU“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Kreisverband Rheingau-Taunus	Hessisches Landesmuseum Friedrich-Ebert-Allee 2 65185 Wiesbaden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28254
> 23.03.2022 18.00–19.30 Uhr	„Europe in the world: Latin America – the forgotten partner?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Info-Point Europa in Kooperation mit der Europa-Union Hamburg und der Handelskammer Hamburg	Online	www.europa-union-hamburg.de/meldungen/aktuelles/europe-in-the-world-latin-america-the-forgotten-partner

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Suttner-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



FRAU EUROPAS 2022

Preis für ehrenamtliches Europa-Engagement

Sylvia-Yvonne Kaufmann (Foto) ist Frau Europas 2022. Die Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) zeichnet die gebürtige Berlinerin für ihren unermüdlichen und leidenschaftlichen Einsatz für eine bürgernahe Europäische Union aus. Seit über 30 Jahren engagiert sich die ehemalige Europaabgeordnete und langjährige Vorsitzende der Europa-Union Berlin (EUB) für ein vereintes Europa unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.



© Privat

Mit dem „Preis Frauen Europas – Deutschland“ ehrt die EBD seit 1991 Frauen, die sich durch ihr mutiges, kreatives oder hartnäckiges ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise für das Zusammenwachsen und die Festigung eines vereinten Europas einsetzen. Der Festakt zur Preisverleihung, den die EBD gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission organisiert, findet Anfang Mai im Rahmen der Europawoche statt.

Preis Frauen Europas

NEUER EU-BIO-PREIS AUSGERUFEN

Förderung der Öko-Landwirtschaft

Die Europäische Kommission, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Europäische Ausschuss der Regionen und die Verbände COPA-COGECA und IFOAM Organics Europe haben gemeinsam den ersten EU-Bio-Preis ins Leben gerufen. Gewürdigt werden sollen herausragende Leistungen entlang der ökologischen Wertschöpfungskette und die innovativsten Akteure in der Bio-Landwirtschaft in der EU.



© Shutterstock

Bewerbungen sind vom 25. März bis zum 8. Juni 2022 möglich.

EU-Bio-Preis

ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Reduzierung von Mikroplastik

Die europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation dazu gestartet, wie die Menge des in die Umwelt freigesetzten Mikroplastiks verringert werden kann. Im Rahmen der Aktionspläne für die Kreislaufwirtschaft und zur Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden plant die Kommission eine Initiative, um die Quellen zu kennzeichnen und zu regulieren, die die größten Mengen an Mikroplastik freisetzen. Dazu gehören Kunststoffpellets, synthetische Textilien und Reifen. Weitere Mikroplastik-Quellen wie Farben, Geotextilien und Kapseln für Wasch- und Geschirrspülmaschinen werden ebenfalls bewertet. Mikroplastik (Kunststoffpartikel mit einem Durchmesser von weniger als 5 mm) sammelt sich in der gesamten Nahrungskette an und kann im Boden, in der Luft, im Wasser und in lebenden Organismen gefunden werden. Es hat negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die biologische Vielfalt sowie soziale und wirtschaftliche Folgen, beispielsweise mit Blick auf die Wasserqualität in Küstengebieten oder die Aquakultur. Beiträge können bis 17. Mai eingesendet werden.

Konsultation zur Reduzierung von Mikroplastik

40 PROZENT MEHR ANFRAGEN

Eurodesk berät zu Auslandsaufenthalten

Eurodesk Deutschland und seine regionalen Servicestellen haben im Jahr 2021 mehr als 40.000 Jugendliche, Eltern und Trägerorganisationen beraten und über Mobilitätschancen und Fördermöglichkeiten informiert. Damit ist die Anzahl der Anfragen zu Auslandsaufenthalten im Vergleich zum Vorjahr um fast 13.000 Anfragen (40 Prozent) gestiegen, auch wenn die Pläne vieler junger Menschen im zweiten Corona-Jahr von der Pandemie erneut durchkreuzt wurden. Eurodesk Deutschland möchte angesichts des nun wieder steigenden Interesses an Auslandsaufenthalten mit dem Kurzfilm „Dein Weg ins Ausland“ verdeutlichen, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, ins Ausland zu gehen.

Die Chancen im Ausland sind zahlreich: Aktuell finden sich über 150 freie Angebote im Eurodesk-Last-Minute-Markt, darunter Freiwilligendienste oder internationale Workcamps in der Ferienzeit. Alle Angebote sind öffentlich gefördert und werden bezuschusst.

„Dein Weg ins Ausland“



© Shutterstock